

II-2433 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1305/J

1991-06-19

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. Partik-Pablé, Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz
an den Bundesminister für Inneres
betreffend leistungsgerechte Entlohnung der Sicherheitsexekutive

Aufgrund der wachsenden Kriminalität und des bestehenden Personal-
mangels werden Exekutivbeamte zunehmend mit unzumutbaren Arbeits-
bedingungen konfrontiert. So hat die Arbeitssituation im Bereich
der Sicherheitsexekutive durch die hohe Zahl angeordneter (be-
steuerter) Überstunden, die unübersichtliche Rechtslage, die
mangelhafte Ausrüstung und die vergleichsweise geringe Bezahlung
bereits geradezu dramatische Formen angenommen. Letztlich tragen
auch die Sanierungsbedürftigkeit zahlreicher Dienststellen und die
überwiegend negative Medienberichterstattung dazu bei, das Image
des Exekutivbeamten in der Öffentlichkeit herabzusetzen. Es
erscheint daher nicht verwunderlich, daß derzeit nur wenige
Personen diesen Berufsstand anstreben.

Um der sogenannten "inneren Kündigung" vieler Beamten wirksam
entgegenzutreten, sollte die Entlohnung der Sicherheitsexekutive
nunmehr dem erhöhten Arbeitsanfall Rechnung tragen. Die im Rahmen
der Gehaltsverhandlungen diskutierte Erhöhung einzelner Zulagen
muß nach Auffassung der unterfertigten Abgeordneten jedoch
abgelehnt werden, da hiemit zweifelfrei soziale Härten verbunden
wären. So würden Beamte im Fall eines Arbeitsunfalles, einer
Erkrankung oder Suspendierung bereits nach einem Monat nicht mehr
in den Genuß dieser Zulagen kommen. Aus diesem Grunde erscheint
lediglich eine entsprechende Erhöhung des Grundgehaltes auch
wirklich sozial gerechtfertigt.

Die unterfertigten Abgeordneten richten in diesem Zusammenhang an
den Herrn Bundesminister für Inneres nachstehende

A n f r a g e :

- 1) Werden Sie sich im Rahmen Ihrer Kompetenzen für eine entsprechende Erhöhung des Grundgehaltes der Beamten der Sicherheitsexekutive einsetzen?
- 2) Wie beurteilen Sie die Ankündigung des Staatssekretärs Dr. Kostelka, für die disziplinarrechtliche Verfolgung jener Beamten einzutreten, die an der diesbezüglichen Demonstration (11. Juni 1991) teilnehmen?
- 3) Werden Sie mit den übrigen betroffenen Ressortleitern das erforderliche Einvernehmen herstellen, um für die Angehörigen sämtlicher Wachkörper eine entsprechende Gehaltsverbesserung zu erwirken.